

<b>Anfrage</b> öffentlich	Datum 12.10.2023	Nummer F0330/23
Absender Stadtrat Oliver Müller <b>Fraktion DIE LINKE</b>		
Adressat  Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 12.10.2023	

Kurztitel  Über 100-jährige Platane: Stadtratsantrag und Anfrage bleiben unbeantwortet – Augenscheinliche Untätigkeit und bewusstes Verzögern als probates Mittel von Verwaltungshandeln?
---

Über 100-jährige Platane: Stadtratsantrag und Anfrage bleiben unbeantwortet – Augenscheinliche Untätigkeit und bewusstes Verzögern als probates Mittel von Verwaltungshandeln?

Am 17.08.23 wurde beigefügter Antrag in die Fachausschüsse überwiesen: StBV, BA SFM, UwE. Eine Stellungnahme der Verwaltung liegt trotz vorliegender besonderer Dringlichkeit mit Blick auf die Regelung des Bundesnaturschutzgesetzes bis heute immer noch nicht vor, obwohl bereits 8 Wochen vergangen sind.  
(= Verstoß gegen das KVG)

Auf wiederholte Nachfragen dazu im Verwaltungsausschuss wurde fadenscheinig, ausweichend und ohne echte Kenntnis des Sachverhalts reagiert.

Pikanterweise lag dann offenbar jedoch zum Zeitpunkt der OBin-Einwohner\*innenversammlung im Stadtteil Sudenburg am 20. September zumindest der Oberbürgermeisterin eine Stellungnahme der Verwaltung sehr wohl vor. Denn auf die Frage einer Bürgerin nach den eigentlichen Gründen der Fällgenehmigung bzw. was konkret die Stadtverwaltung tut, um die über 100-jährige, ortsbildprägende und kerngesunde Platane zu sichern und zu erhalten, antwortete die OBin: „Ich habe hier eine Stellungnahme, die kennt jetzt SR Müller noch nicht, aber mir liegt sie vor.“

Nun, mittlerweile sind wiederum 3 Wochen vergangen und nicht nur SR Müller liegt noch immer keine Stellungnahme vor, sondern dem gesamten Stadtrat nicht! Sie ist jedoch auch die Grundlage für die reguläre Beratung des vom Stadtrat überwiesenen Antrages in die Fachausschüsse.

Eine direkte tel. Nachfrage beim Leiter der Unteren Naturschutzbehörde, Herrn Gruhle, ergab, dass er aufgrund einer Dienstanweisung vom früheren Umweltamtsleiter Herrn Warschun gegenüber Stadtrat Müller ein Redeverbot erteilt bekommen habe und nicht mit mir sprechen dürfe. Diesbezügliche Nachfragen im Verwaltungsausschuss am 29.09.23 wurden vom Umweltbeigeordneten und der Oberbürgermeisterin mit einem Lächeln bedacht und verblieben unbeantwortet. Wie kann das sein und vor allem, wie passt das zusammen mit dem eigens zu Beginn der Wahlperiode durch Oberbürgermeister Dr. Trümper an Stadtratsmitglieder ausgehändigte Dienstausschreiben (siehe Anlage)? Hierin ist eindeutig festgelegt:

„Die Dienststellen der Landeshauptstadt Magdeburg sind aufgefordert, den/die ausgewiesene/n Stadtrat/Stadträtin bei seiner/ihrer Tätigkeit zu unterstützen.“

**Ich frage die Oberbürgermeisterin:**

1. Wann werden die angemahnten, aussagefähigen Stellungnahmen der Verwaltung vorliegen?
2. Wann werden dieselben anhand welcher Beratungsfolge in den entsprechenden Fachausschüssen behandelt?
3. Wann wird das in Rede stehende Redeverbot aufgehoben und wie und auf welcher Grundlage konnte es überhaupt verhängt werden?
4. Wie beurteilt die Kommunalaufsicht diesen gesamten Vorgang?
5. Wird, um nicht noch weitere Zeit zu verlieren und mit der Baumfällung Tatsachen zu schaffen, was offenbar das Konzept der zuständigen Verwaltung ist, die Anordnung einer einstweiligen Verfügung nötig sein?

*Ich bitte um mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.*

Oliver Müller  
Stadtrat

Anlagen

Unbeantworteter Antrag

Unbeantwortete Anfrage

Stadtrats-Dienstausweis

Auszug Niederschrift der Stadtratssitzung vom 17. August und

Persönliche Erklärung zur Überweisung des Antrages